

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 02

März 2004

Jahrgang 33

Revolution von oben

Die Hintermänner des Sozialkahltschlags

Sie treiben Rot-Grün vor sich her: Mit mehr als hundert Millionen Euro finanziert das „Arbeitgeber-Lager“ ideologisch geschickte Anzeigen für einen radikalen Sozialabbau. Die jetzigen „Reformen“ sind für sie erst der Anfang. Die Propagandatrups des Kapitals rekrutieren sich aus Wirtschaft und Politik. Sie sind der Stoßtrupp, um das Rad der Sozialgeschichte ins vorige Jahrhundert zurückzudrehen.

Sie haben alle wohlklingende Namen. Die Vereinigungen und Organisationen, die uns begreifen machen wollen, dass die BRD ein armes Land sei und dass es nur weiter gehe, wenn die Menschen im Lande Verzicht in allen Lebenslagen üben. Sie sollen denen Glauben schenken die es ja besser wissen müssen. Denen da Oben. Das sind die Kräfte, die der SPD mit ihrer Kahltschlagspolitik in Berlin zur Seite stehen. Mutige Reformen in schwierigen Zeiten - dies ist der Eindruck, den

breiten will. Es sei nur ein Vermittlungsproblem, so er Kahl-

richtigen Politik.

Ein gewaltiger Irrtum. Die Wahrnehmung der Menschen ist richtig, es ist die Wahrnehmung einer falschen Politik.

Die größte politische Koalition die es seit 1945 in der BRD gibt, ist die Koalition für den sozialen Massenkahltschlag. Von den Arbeitgeberverbänden, des Bundes der Deutschen Industrie, der CDU/CSU, der FDP, den Grünen bis zur SPD, alle sind sich einig: Das Volk muss bluten. Deshab: Stop dem sozialen Kahltschlag. Auf

Die wichtigsten Trommler für ein anderes Deutschland

Vier Reforminitiativen hämmern der Bevölkerung mit millionenschweren Kampagnen und prominenten Unterstützern ihre Botschaft ein: Reformen sind gut - Sozialabbau ist besser!

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Kuratorium: Hans Tietmeyer, Martin Kannegiesser, Oswald Metzger, Randolf Rosenstock, Edmund Stoiber u.a. **Unterstützer:** Arnulf Barring, Peter Glotz, Arend Oetker, Lothar Späth, Florian Gerster, Michael Glos, Dagmar Schipanski u.a. **Finanzierung:** 50 Millionen von Gesamtmetall, weitere 50 Millionen geplant. **These:** Soziale Marktwirtschaft ist durch zu viel Wohlfahrtsstaat überlastet, er muss gestutzt werden. Anzeigen platzieren, Unterstützer in Talkshows.

Konvent für Deutschland. Konventkreis: Roman Herzog, Roland Berger, Hans Olaf Henkel, Klaus v. Dohnanyi, Peter Glotz, Oswald Metzger, Otto Graf Lambsdorff, Ruppert Scholz, Henning Vorscherau u.a. **Finanzierung:** Anschub von Deutsche Bank, weitere Finanziere gesucht. **These:** Das politische System hat sich überlebt, Bundesrat und Bundestag blockieren sich zu häufig. Deutschland braucht eine Neuordnung.

Team-Arbeit für Deutschland. Initiator: Wolfgang Clement. **Unterstützer:** Florian Gerster, Peter Hartz, Gunter Thielen, Hubertus Schmoldt, und 500 Unternehmen der „Initiative für mehr Beschäftigung“ **Ziel:** Bürgerengagement gegen Arbeitslosigkeit, viele Mitstreiter ins Boot wie Künstler, Journalisten, Manager, für bundesweite Werbekampagnen und Aktionstage. **Finanzierung:** 10 Millionen Euro pro Jahr aus Steuergeldern.

Bürgerkonvent Meinhard Miegel. **Unterstützer:** Hans Olaf Henkel, Roland Berger, Otto Graf Lambsdorff, Peter Glotz, Rupert Scholz. **Finanzierung:** unklar, u.a. durch Düsseldorf CDU Großspender. **These:** M. Miegel (früher CDU-Geschäftsstelle), will den Reformstau in Deutschland „aktiv überwinden“ - durch TV-Spots, öffentliche Auftritte und lokale Konvente.



die Bundesregierung über ihre Politik in der Öffentlichkeit ver-

schlagskanzler, es sei die falsche Wahrnehmung einer

zu der Großdemonstration nach Stuttgart am 03. April 2004



Oberbürgermeister
Bernhard Ilg (CDU)

Senator h.c. Dr. rer. pol. Michael Rogowski ein Ehrenbürger von Heidenheim?

Natürlich, zur Person Rogowski kann jeder stehen wie er will. Ein Mäzen, ein Förderer der Künstler und Gelehrten, aber auch ein Vertreter politischer und gesellschaftlicher Strukturen, der mit Demokratisierung und Mitbestimmung in Betrieb und Gesellschaft wenig am Hut hat. So entsprang der Vorschlag von OB Ilg, Dr. Rogowski zum Ehrenbürger vorzuschlagen, eher eines gewissen Respekts vor der politischen Machtfülle als den Leistungen der Person für die Stadt im besonderen. Die Aufzählung von gesellschaftlichen Funktionen und Entscheidungen, die sich allein und ausschließlich an den Interessen der Unternehmen orientieren, ist ein schwaches Indiz zur Begründung eines Ehrenbürgers.

Kommunalpolitisch steht Dr. Rogowski nicht auf der Seite der Kommunen. Sein BDI-Vorschlag zur Gemeindefinanzreform war alles andere als eine Hilfestellung für die Stadt. Sein BDI-10-Punkte-Programm zur Bundestagswahl 2002: „Weitere Pri-

vatisierungen, vor allem auf kommunaler Ebene...“ zeugt nicht von Hilfe, sich für Städte und Gemeinden in seinen Unternehmerverbänden einzusetzen. Gesellschaftspolitisch betrachtet ist sein politisches Handeln einzig und allein den Interessen der Unternehmer und ihrer Verbände verpflichtet.

Sein Wort war nicht zu hören, als den GießereiVOITHianern rund 20.000 Stunden Zeitguthaben vom Insolvenzverwalter einfach abkassiert wurden. Ebenso ist seine „Lagerfeuer“-These, das Betriebsverfassungsgesetz und die Tarifverträge hineinzuworfen, kein Beispiel für eine demokratische Grundhaltung. Was Demut heißt, erfährt Dr. Rogowski bei seinem gelegentlichen Golfspiel. Sein Traum von der 40 Stundenwochen ohne vollen Lohnausgleich, Nullrunden für Rentner und kein Streikrecht sind seine gesellschaftlichen Inhalte, für die er steht.

Dr. Rogowski wird in die Ahnengalerie der Ehrenbürger aufgenommen und einen Ehrenplatz im Rathaus erhalten. Ein neuer Ehrenbürger. OB Bernhard Ilg kann sich an seiner Seite sehen lassen.



OB Ilg: „Sozialstatistik Nein danke!“

Beharrlich weigert sich OB Ilg, den Antrag von DKP Stadtrat Huber, eine für die Stadt und den Landkreis Heidenheim zu erstellende Sozialstatistik zu unterstützen.

Huber in seinem Schreiben an OB Ilg: „Kommunalpolitische Entscheidungen hängen wesentlich vom Wissen über die örtliche soziale Situation der Haushalte, der Familien, der Ausbildungs- und Arbeitsplätze ab. Kommunalpolitisch kommen wir nicht umhin, uns statistische Werte zu allen sozialrelevanten Zusammenhängen zu verschaffen, um sie bei kommunalen Entscheidungen heranzuziehen. Einen „Kommunalen Sozialbericht“ zu erstellen ist für die DKP angesichts der ständigen sozialen Verschlechterungen dringend geboten. Ein „Kommunaler Sozialbericht“ weicht zwangsläufig von anderen Untersuchungsberichten wie z.B. über die Parkraumsituation, die Stadtentwicklung Süd oder über die Notwendigkeit eines City-Managers, ab. Es scheint, die soziale Lage der Menschen in unserer Stadt ist für die Verwaltungsoberen ein Tabu. Wie sonst könnte ein solches Anliegen abgelehnt werden.



Familienfreundliche Stadt

Das „Steckenpferd“ von OB Ilg. Was steckt dahinter? Zum Beispiel Abschläge bei Grundstückspreisen in verschiedenen Baugebieten. Zum Beispiel Nibelungenstraße, mit 2 Baugrundstücken. der Preis pro qm mindestens 230,- Euro. Grundstücke, mit mindestens 800 bis 1.000 qm kosten also rund 230.000,- Euro ohne Erschließung. Will ein Millionär bauen, denn nur ein solcher kann sich das leisten, bekommt er laut OB Ilgs Familienfreundlichkeit einen Abschlag von 25,- Euro/qm. Das ist ein Jahresgehalt eines einfachen Facharbeiters. Wie schön.

Hat ein arbeitsloser GießereiVOITHianer eine musikbegabte Tochter, ist er laut Gemeinderatsbeschluss mit der Einführung der Budgetierung und einer Gebührenerhöhung bei der Jugendmusikschulen verurteilt, höhere Gebühren zu bezahlen. Die Tochter des Millionärs in der Nibelungenstraße bekommt Privatunterricht. Die andere Tochter des arbeitslosen GießereiVOITHianers wird sich die Jugendmusikschule nicht mehr leisten können. Denn die Familienfreundlichkeit des OB Ilg ist begrenzt.

Es fragt sich nur für wen?



554 Straftaten von Rechten allein im Januar

Im Januar wurden vom Bundsinnenministerium 554 rechts motivierte Straftaten erfasst. Registriert wurden unter anderem 29 Gewaltdelikte und 377 Propagandadelikte. An der Spitze der Länder rangiert Nordrhein-Westfalen.

Kurzmeldung

Gegen soziale Unterdrückung Gegen Sozialkahl Schlag

Auf zur Großdemonstration nach Stuttgart

Schluss mit der Propaganda im Dienste der Profite
Schluss mit der Umverteilung von unten nach oben

Wir fordern:

die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme auf der
Basis der gesamten Wertschöpfung,
also durch Arbeits- und Kapitaleinkommen.

**Am Samstag, den 3. April 2004
Stuttgart**

Busabfahrtszeit in Heidenheim 8.30 Uhr ZOB am Bahnhof

Wegen der Platzkapazität, bitte anmelden IG Metall HDH (073231) 93840



VOITH Betriebe am Standort

Ein Mann von Welt?

Wer Kontakt zum Weltmagazin Financial Times Deutschland bekommt, kann sich als ein „Mann von globalem Interesse“ nennen. Und wenn er noch dazu gemeinsam mit Herrn Kormann auftritt, liegt der Beweis auf der Hand. Gerd Schaibles Huldigung darf der Belegschaft nicht vorenthalten werden:

„Ungenauigkeit und Schlamperei kann der Chef nicht ertragen. Die letzten Entscheidungen bei Voith sind Einzelentscheidungen, die von Kormann gefällt werden“, sagt der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats, Gerd Schaible. „Er ist keiner, der von Zuträgern lebt, er verlässt sich auf Zahlen, Daten, Fakten und seine eigene Meinung.“ Deshalb war Kormann früher der von der Belegschaft meist gehasste Mann, sagt Schaible. „Der lief mit gesenktem Kopf über den Betriebshof und hatte nur Zahlen im Kopf - die Mitarbeiter waren für ihn lediglich ein Kostenfaktor.“ „Noch immer ist Kormann der Auffassung, dass Voith „aus guten alten Zeiten Usancen (Geschäftsbrauch -Anm. d.Red.) der Lohnhöhe mit sich schleppt, die sich heute ein Normalunternehmen im Maschinenbau nicht mehr leisten kann“. Doch seit Kormann als Vorstandsvorsitzender auch Arbeitsdirektor ist, hat Betriebsratschef Schaible bei seinem Gegenüber eine „soziale Ader“ entdeckt: „Er führt das Unternehmen nicht, weil er das letzte Zehntel Rendite hinter dem Komma will.“ Inzwischen haben die beiden „ein außerordentlich gutes Verhältnis“, findet Schaible. Er könne Kormann zu jeder Tages- und Nachtzeit ansprechen. Im Gespräch hat der Chef meist sein Notizbuch vor sich. Dort werden die Anliegen des Arbeitnehmervertreters festgehalten - die Rückmeldung lässt nie lange auf sich warten. „Der packt die Dinge an“, sagt Schaible, „und er agiert auf eine Art und Weise, die mir wirklich imponiert.“ (FTD v. 04.03.04)

Herr Kormann hat angepackt: Leistungszulagen weg, Schichtzulagen weg, Personalabbau her, Vertrauensarbeitszeit her, Turbinenbau zu. Er agiert sich in der Tat auf eine imposante Art und Weise.

VOITH AG

Sorry meine Herren!

Bei der diesjährigen IG Metall Delegiertenversammlung wurde der betriebliche Spitzenfunktionär G. Schaible in keine gewerkschaftliche Funktion gewählt.

Insider kennen die Hintergründe genauer. Moralapostelei ist sicherlich nicht angebracht. Seine Beziehung mit der Vorsitzenden des Betriebsrats der VOITH Turbo könnte entschuldigt werden, hätten dadurch nicht gewerkschaftliche und betriebliche Aufgaben gelitten. Seine politische Nähe nach oben war ihm lieber als seine Nähe zu den Arbeitern und Angestellten. Sei's drum. Die Hilfestellung seitens der Geschäftsführung, umgehend eine Gästewohnung zu bekommen zeugt von gemeinsamen Geschäftsdinteressen. Der Beweis dass für einen Schlosserhelfer in gleicher Situation so spontan seitens der Geschäftsführung Wohnungshilfe organisiert worden wäre, ist noch nicht erbracht worden. Behält Schaible seine Funktionen im Betrieb ist seine Parteilichkeit im Sinne der Interessen für die Arbeiter und Angestellten nicht sichergestellt.



Rogowski fordert Einschränkung der Mitbestimmung

Düsseldorf (dpa) - BDI-Präsident Michael Rogowski fordert eine Einschränkung der Mitbestimmung in Aufsichtsräten. „Amerikanische Unternehmer können nicht verstehen, dass sie in Deutschland Kapital investieren sollen und dann die Hälfte der Aufsichtsratssitze zur Kontrolle über dieses Kapital aus den Händen geben sollten“, sagte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) dem Handelsblatt (Mittwoch). Gewerkschaftsvertreter hätten nichts in Aufsichtsräten zu suchen. Die Mitbestimmung sei ein Standortnachteil.
dpa vr 17.3., 09.22 Uhr



Gerd Schaible
Stellv. AR Vorsitzender
Vorsitzender des KBR



Vermischtes / Internationales

„Archaische Kämpfer“ für die Bundeswehr

BERLIN/BONN - Der Umbau der deutschen Streitkräfte zu einem Instrument „präventiver Kriegführung“ wird von Forderungen führender deutscher Militärs nach politischer Rückendeckung bei weltweiten Kampfeinsätzen begleitet. Einschränkungen des internationalen Handlungsspielraums, die auf den entmenslichten NS-Krieg zurückgehen, müssten endgültig fallen. Auch kritische Äußerungen von Pazifisten seien durch Gesetzesänderungen zu unterbinden. Die Forderungen gelten einer Kriegführung, deren Fronteinsätze brutalisiert und weitgehend regellos sein werden, räumt der neue deutsche Heeresinspekteur ein. Wie Generalmajor Budde mitteilt, benötige die Bundeswehr einen entmenslichten Soldatentypus, der animalische Energien freisetze.

Harmonisierung der Kriegsvorbereitungen

BERLIN - In einem von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und dem Institut français des relations internationales (Ifri) verfassten Strategiepapier wird eine noch engere Harmonisierung der deutsch-französischen Kriegsplanungen gefordert. Auf der Grundlage einer gemeinsamen Strategie sollen Berlin und Paris in der Militärpolitik auf flexible Koalitionen setzen, um den Widerstand gegen zu offene Machtansprüche zu brechen und die nationalen Militärarsenale für die eigenen Weltmachtambitionen nutzen zu können. Um das gesamte Machtpotential auszuschöpfen, soll Berlin dabei die Mitbestimmung über den Einsatz von Atomwaffen zugestanden werden.

Strafverfahren

BUENOS AIRES/ROM (Eigener Bericht) - Die deutsche Regierung verlangt die Auslieferung des ehemaligen argentinischen Militärdiktators Jorge Videla und will ihn von einem deutschen Gericht aburteilen lassen. Das Auslieferungsbegehren ist Teil der Berliner Versuche, als weltweit zuständige Legislative aufzutreten und Voraussetzungen für Strafaktionen gegen inkriminierte Staaten zu schaffen. Gleichzeitig wird für einen deutschen Massenmörder, der sich im italienischen Strafvollzug befindet, um Gnade nachgesucht. Ein ebenfalls im Ausland verurteilter NS-Verbrecher ist von einem deutschen Gericht wegen angeblicher Verhandlungsunfähigkeit straffrei gestellt und entlassen worden.

Strahlender Abgrund

BERLIN (Eigener Bericht) - In einem deutsch-französischen Strategiepapier werden konkrete Vorschläge für den gemeinsamen Einsatz von Atomwaffen unterbreitet. Einsatzziele sind „an den EU-Raum grenzende Regionen“, die „eine potentielle Gefahr darstellen“. Urheber des Papiers ist die offiziöse „Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik“ (DGAP), Mitverfasser das „Institut français des relations internationales“ (Ifri). Beide Seiten gehen davon aus, dass es wegen der geplanten Militäroperationen („Stabilitätsexport“) in Deutschland zu starken innenpolitischen Auseinandersetzungen kommen werde. Das Papier schlägt vor, diese Widerstände taktisch zu umgehen, um dennoch „alle Stufen der Eskalationsleiter abzurufen“: „bis hin zur Drohung eines Einsatzes nuklearer militärischer Mittel.“

www.german-foreign-policy.com

Hinrichtungen von Kindern stoppen!

USA das „rückständigste Land der Welt“

Amnesty International (AI) will die Hinrichtung von Kindern verbieten. Hintergrund der auf zwei Jahre angelegten Kampagne ist die Exekution von 19 jugendlichen Straftätern seit 1998 – allein 13 davon in den USA, wie die Menschenrechtsorganisation mitteilte. In den vergangenen 14 Jahren wurden in acht Ländern insgesamt 34 Menschen für Taten hingerichtet, die sie im Alter unter 18 Jahren begangen hatten, wie der veröffentlichte Bericht „Stop Child Executions!“ zeigt. Heute seien die USA das einzige Land, das offiziell zugebe, Kinder hinzurichten und für sich beanspruche, das Recht dazu zu haben. Die USA seien in dieser Frage „das rückständigste Land der Welt“, wird Daniel Bolomey, Generalsekretär der Schweizer AI-Sektion, in der Mitteilung zitiert. Bis Ende Juni sollen drei weitere Gefangene in den USA für Verbrechen hingerichtet werden, die sie im Alter von 17 Jahren begangen hätten. Ein weiterer Fall eines Jugendlichen muss laut AI neu aufgerollt werden. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte sei zum Schluss gekommen, dass das Verbot der Hinrichtung von Kindern inzwischen zu „zwingendem Völkerrecht“ geworden sei. Fast die ganze Welt habe diese beschämende Praxis daher aufgegeben.

Unser Wertpapier
kommunistisch - informativ - wertvoll

UZ unsere zeit
Antikriegszeitung

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

UZ -UNSERE ZEIT- Die Zeitung der DKP
wöchentlich im Jahresabo
zum jährlichen Abopreis von €90,-

Zuerst Gerechtigkeit

CARACAS - Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) mischt sich in die venezolanische Innenpolitik ein und setzt ihre Unterstützung für die Oppositionspartei „Primero Justicia“ fort. „Primero Justicia“ („Zuerst Gerechtigkeit“) wird die Beteiligung am Putsch gegen den gewählten Präsidenten Hugo Chavez vorgeworfen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Lothar Mark hat Anfang März mit einer massiven Intervention die Ausweisung der deutschen KAS-Mitarbeiter aus Venezuela verhindert. ★

Gesetz zu Ehren von Edvard Beneš verabschiedet

Das Prager Abgeordnetenhaus verabschiedete am 24. Februar 04 mit 118 der 183 anwesenden Abgeordneten ein Gesetz, das aus einem einzigen Satz besteht: „Edvard Beneš hat sich um den Staat verdient gemacht.“ ★

Zeitungen und Flugblätter kosten Geld. Für Spenden bedankt sich die DKP-Heidenheim
Spendenkonto: Kreissparkasse BLZ 632 500 30 Konto Nr. 413 903

V.i.S.d.P.
DKP Heidenheim R. Püschel